Ärger auf Rezept

Immer häufiger sind bestimmte Medikamente nicht lieferbar. Ein Apotheker aus Sachsen will den Gesetzgeber zum Handeln zwingen.

Von Kim Björn Becker, Burgstädt

Bitte hier unterschreiben: *Petent Jürgen Hoffmann in seiner Apotheke in Burgstädt bei Chemnitz* Foto Roger Hagmann

Noch passen die Bogen in eine Klarsichthülle, 51 Blätter sind es ganz genau. Auf jedem stehen zwölf Namen, Adressen, Unterschriften. Das macht 612 Beschwerden in wenigen Wochen. Das Thema: „Nein zu Lieferengpässen von Medikamenten“. Wenn der Apotheker Jürgen Hoffmann aus Burgstädt, einem kleinen Ort nördlich von Chemnitz, 50 000 Unterschriften beisammen hat, will er die Petition an den Deutschen Bundestag schicken. Weil Burgstädt aber nur knapp 11 000 Einwohner zählt, die sich zudem auf die drei Apotheken im Ort aufteilen, hat Hoffmann den Bogen ins Netz gestellt, damit Kollegen in ganz Deutschland sich beteiligen. Auf jedem Blatt steht noch: „Die Unterzeichnenden sind besorgte Bürger, die unsere politische Führung zum Handeln auffordern.“ Und Hoffmann ist ein besorgter Apotheker, 59 Jahre alt, der nicht hinnehmen will, was da seit einer Weile vor sich geht.

Kurz nach der Wende hat Hoffmann die Schwanen-Apotheke in Burgstädt gegründet. Es gab damals schon eine Elefanten- und eine Adler-Apotheke im Ort, seine war die dritte. Lange war alles gut, die Burgstädter kamen mit ihren Rezepten vom Hausarzt hinüber, Hoffmann schaute im Computer nach und kurze Zeit später ging eine Packung Tabletten über den Tresen. In den vergangenen Jahren zeigte ihm sein Bildschirm aber immer häufiger eine Fehlermeldung an; das vom Arzt verschriebene Medikament war nicht verfügbar. Hoffmann muss dann einen Ersatz suchen, was oft gelingt, aber nicht immer. „In diesem Jahr hat sich die Lage noch einmal massiv verschlechtert“, sagt der Apotheker. Von den rund 150 Kunden, die jeden Tag bei ihm im Laden stehen, gebe es bei etwa zehn ein Problem, sagt Hoffmann. Mal seien Antibiotika nicht verfügbar, mal Mittel gegen hohen Blutdruck. Gerade habe ein Hersteller von Ibuprofen Lieferschwierigkeiten, einem populären Schmerzmittel, das rezeptfrei erhältlich ist. Bei manchen Psychopharmaka gebe es auch Engpässe, und da könne man die Patienten nicht einfach so auf ein anderes Medikament umstellen. Hoffmann sagt: „Das ist fast schon Körperverletzung.“

Lieferengpässe bei Arzneimitteln sind ein Problem für viele Patienten in Deutschland. Nicht nur Apotheker warnen vor den Folgen, auch die Bundesärztekammer schlug schon Alarm. Hinzu kommen mehrere Fachgesellschaften; vor zwei Jahren schon meldeten sich die Onkologen zu Wort, weil wichtige Krebsmedikamente zeitweise nicht zu bekommen waren. Die Pharmahersteller sind nur verpflichtet, den Krankenhäusern zu melden, wenn eines jener Mittel nicht erhältlich ist, das vor allem in Kliniken zum Einsatz kommt. Vor einigen Jahren haben sie freiwillig zugesagt, die Behörden zu benachrichtigen, wenn ein wichtiger Wirkstoff zwei Wochen oder länger nicht verfügbar ist. Seit gut zwei Jahren listet das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) in Bonn die Meldungen in einer Datenbank auf, sie umfasst derzeit 271 Einträge. Insgesamt sind mehr als 100 000 einzelne Medikamente in Deutschland zugelassen. Schließlich werden in der Datenbank aufgrund der Meldekriterien vor allem Engpässe bei Medikamenten gemeldet, die in Krankenhäusern benutzt werden. Wenn es um Tabletten geht, die Patienten in der Apotheke selbst abholen müssen, sind die Behörden in Teilen blind – jedenfalls bisher.

Probleme für die Patienten

Ein Lieferengpass bedeutet nicht zwingend, dass ein Wirkstoff überhaupt nicht mehr zu bekommen ist. Gerade bei Mitteln, bei denen der Patentschutz abgelaufen ist, gibt es häufig mehr als einen Hersteller. Kann der eine nicht liefern, springt oft ein anderer ein. Doch manchmal klappt das nicht, zum Beispiel wenn mehrere Hersteller vom selben Zulieferer abhängig sind und dieser ausfällt. Erst dann müssen die Ärzte die Medikation umstellen. Das kann durchaus negative Folgen für die Kranken haben, zum Beispiel dann, wenn ein Patient mit einer komplexen Stoffwechselkrankheit mühsam auf ein bestimmtes Mittel und eine bestimmte Dosis eingestellt wurde.

Sind Lieferengpässe also nur ein Problem im Krankenhaus, wie es die offiziellen Zahlen nahelegen? Apotheker Jürgen Hoffmann schüttelt energisch den Kopf. „Nee, gar nicht“, sagt er. „In der Klinik ist es vielleicht noch schlimmer, aber wir merken die Folgen ja auch.“ Im vergangenen Jahr wurde zum Beispiel massenhaft der populäre Blutdrucksenker Valsartan zurückgerufen. Einige Chargen des Wirkstoffs waren mit einer Substanz verunreinigt, die Krebs erzeugen kann. Das Problem trat in einem Werk in Indien auf, und es kam zu wochenlangen Folgeproblemen. Jetzt sei der Ersatzwirkstoff Candesartan schwer zu bekommen, sagt Hoffmann. Ein Hersteller hat dem BfArM kürzlich vier Meldungen über Lieferschwierigkeiten übermittelt, die Tabletten mit jeweils acht Milligramm sollen erst im März des kommenden Jahres wieder verfügbar sein.

Apotheker Jürgen Hoffmann warnt jedoch davor, das Thema nur dann ernst zu nehmen, wenn es zu einem Komplettausfall eines Wirkstoffs kommt. Die Probleme setzten schon deutlich früher ein, sagt er. Das hat damit zu tun, dass er bei Kassenpatienten meist nicht selbst entscheiden kann, von welchem Hersteller er das Mittel bezieht – denn um Geld zu sparen, schließen die gesetzlichen Kassen sogenannte Rabattverträge mit einzelnen Pharmakonzernen ab. Benötigt ein Versicherter einer bestimmten Krankenkasse einen bestimmten Wirkstoff, muss der Apotheker das Mittel bei dem Hersteller beschaffen, mit dem die jeweilige Kasse einen Vertrag abgeschlossen hat. Kann nun dieser Hersteller gerade nicht liefern, muss Hoffmann im Computer nach einem Ersatz suchen und auf dem Rezept schriftlich vermerken, warum er dem Kunden nicht das günstigere Rabattarzneimittel ausgehändigt hat – begründet er diesen Schritt nicht, kann die Kasse von ihm die Preisdifferenz zurückfordern. „Das macht viel Arbeit, die Mitarbeiter sind gestresst und die Kunden auch“, sagt Hoffmann. In einer Umfrage gaben fast zwei Drittel der Apotheker an, sie verwendeten mehr als zehn Prozent ihrer Arbeitszeit dafür, wegen Lieferengpässen nach Ersatz zu suchen.

Dass die Rabattverträge der Krankenkassen ein Teil des Problems sein könnten, darauf deuten zwei aktuelle Untersuchungen hin. Zuerst hat ein Institut im Auftrag des Apothekerverbands ausgerechnet, dass im vergangenen Jahr 9,3 Millionen Packungen von Rabattarzneimitteln nicht lieferbar waren, insgesamt wurden mehr als 400 Millionen Packungen abgegeben. Binnen eines Jahres hatte sich die Zahl der Lieferprobleme in etwa verdoppelt, und der Trend hält offenbar an: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres waren demnach bereits 7,2 Millionen Rabattpackungen nicht lieferbar. Sodann hat ein anderes Institut im Auftrag des Pharmaverbands Pro Generika die Arzneimittelverordnungen des Jahres 2017 ausgewertet. Damals wurden etwa vier Millionen Rezepte vom Apotheker mit einem Kennzeichen versehen, weil er dem Kunden das Rabattmedikament wegen Lieferproblemen nicht besorgen konnte. In knapp zwei von drei Fällen hatte die jeweilige Kasse einen Rabattvertrag mit nur einem Pharmakonzern geschlossen.

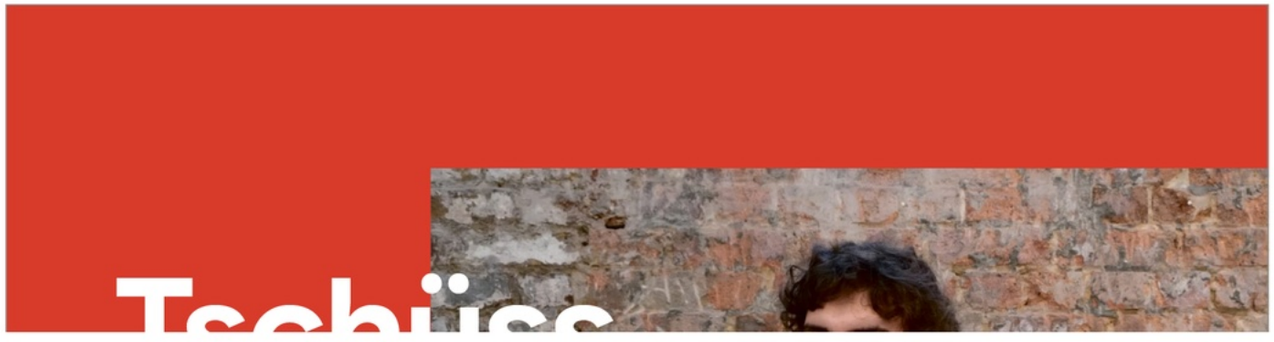
Debatte um Rabattverträge

Dagegen argumentiert der Verband der Ersatzkassen, die Zahl der Lieferengpässe sei gar nicht so hoch, wenn man Rückrufe herausrechne und auch noch berücksichtige, dass ausgefallene Medikamente oft in anderen Dosierungen lieferbar seien – dann müsste der Patient statt einer Tablette eben vorübergehend zwei mit jeweils der halben Dosis nehmen. Von allen Meldungen in der Datenbank des BfArM habe es nur bei 89 Wirkstoffen Probleme gegeben – da habe bei den meisten Stoffen wiederum gar kein Rabattvertrag vorgelegen. „Die Behauptung, Lieferengpässe hätten mit den Arzneimittelausschreibungen der Krankenkassen zu tun, entbehrt jeglicher Grundlage“, folgerte Ulrike Elsner, die Vorsitzende des Verbands.

In seiner Petition fordert Apotheker Jürgen Hoffmann trotzdem, dass der Bundestag sich dafür einsetzen solle, die Rabattverträge „abzuschaffen“. Setzte der Gesetzgeber diese Forderung um, würde es für die Versicherten teurer werden. Denn mit den Rabatten sparten die Kassen im vergangenen Jahr 4,5 Milliarden Euro, insgesamt gaben sie für Arzneimittel fast 40 Milliarden aus. Hoffmann verlangt darüber hinaus, dass Medikamente wieder häufiger in Europa hergestellt werden müssten; derzeit findet ein Großteil der Produktion in China und Indien statt. „Würde in Europa produziert, wären die Mittel wohl doppelt so teuer“, schätzt Hoffmann. „Ich sehe dazu aber keine Alternative.“

Dass etwas passieren soll, ist in Berlin längst ausgemacht. Im Oktober hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf aus der Feder von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) beschlossen, es geht dabei um den internen Finanzausgleich der gesetzlichen Kassen. Die Koalition möchte die bevorstehende Beratung des Faire-Kassenwettbewerb-Gesetzes, das Mitte Dezember in den Bundestag kommen soll, zum Anlass nehmen, auch ein paar Regelungen zu Arzneimitteln einzufügen. Der Bund werde bei Lieferengpässen „stärker eingreifen“, kündigte Spahn bereits an. Er will Pharmakonzerne und Großhändler verpflichten, bevorstehende Engpässe zwingend zu melden, zudem sollen Großhändler bei bestimmten Mitteln mehr Packungen in Reserve halten. Darüber hinaus sollen Apotheker unkomplizierter rabattfreie Alternativen an ihre Kunden abgeben dürfen, wenn sie die Rabattarznei nicht binnen eines Tages bekommen können. Die SPD geht Berichten zufolge noch einen Schritt weiter und überlegt, Pharmahersteller bei Lieferengpässen mit Strafzahlungen zu belegen. Der Apothekerverband ABDA verlangt zudem, dass Krankenkassen keine Exklusivverträge mit nur einem Hersteller mehr schließen dürfen. Ferner müsse der „Mehraufwand in Apotheken“, wenn Ersatzmedikamente gesucht werden, honoriert werden.

In Burgstädt bei Chemnitz sind inzwischen die ersten Bogen mit unterschriebenen Petitionen aus anderen Städten eingegangen, Apotheker Jürgen Hoffmann sammelt sie in seinem Büro in einem grauen Aktenordner. Eine Apotheke in Aachen hat gut 60 Bogen geschickt, das sind noch einmal etwa 700 Unterschriften. Doch ganz gleich, wie schnell der Gesetzgeber nun handelt, der Schaden ist aus Hoffmanns Sicht bereits eingetreten. „Die Kunden haben kein Verständnis, sie sind unzufrieden und verlieren das Vertrauen ins System“, sagt er. Wenn manche Burgstädter sich vom Arzt ein neues Rezept holten, gingen sie vorher bei ihm in der Schwanen-Apotheke vorbei und reservierten sich die Packung in Erwartung eines entsprechenden Rezepts schon einmal. Jürgen Hoffmann sagt: „Das erinnert mich an tiefste DDR-Zeiten.“



Frankfurter Allgemeine Zeitung,
04.12.2019, Politik, Seite 5

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2019.
Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Archiv